

Polen will 1,3 Billionen Euro Reparationen - und rechnet den ökonomischen Wert getöteter Menschen vor

Unser östliches Nachbarland Polen will Reparationen von uns Deutschen. Für die Schäden, die Nazi-Deutschlands Truppen beim Angriffskrieg 1939 und bei der Besetzung danach angerichtet haben. Kaczynski, Polens starker Mann, sagte dazu: «Die Deutschen sind in Polen eingefallen und haben uns enormen Schaden zugefügt. Die Besetzung war unglaublich verbrecherisch, unglaublich grausam und hatte Auswirkungen, die in vielen Fällen bis heute anhalten.»

Erlauben Sie mir vorweg die Bemerkung, dass ich „die Polen“ sehr mag. Diejenigen, die ich persönlich kennengelernt habe, aber auch unseren EU- und NATO-Partner, die sich in diesen Monaten als Stützpfiler des westlichen Bündnisses erweisen, und die gegenüber dem Aggressor Russland eine deutlichere Sprache sprechen, als es sich deutsche Regierungsmitglieder trauen würden.

Dennoch empfinde ich die Forderung von 1,3 Billionen Euro als nahezu grotesk – genau 83 Jahre nach dem deutschen Angriff auf Polen.

Die Bundesregierung antwortete in seltener Entschiedenheit: «Die Position der Bundesregierung ist unverändert. Die Reparationsfrage ist abgeschlossen.» Denn Polen hat 1953 auf weitere Reparationen verzichtet und das danach noch mehrfach bestätigt. «Dies ist eine wesentliche Grundlage für die heutige Ordnung Europas.» Deutschland stehe aber «politisch und moralisch zu seiner Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg».

Nach Berechnungen einer Kommission, die die polnische Regierung eingesetzt hatte, kamen durch den Krieg und die deutsche Besetzung mehr als 5,2 Millionen Menschen in Polen ums Leben. Ein Fünftel davon seien Kinder unter zehn Jahren gewesen.

Allein die Verluste durch die ausgebliebenen Einkommen der Getöteten schätzte die Kommission auf 919 Milliarden Euro, und bewies damit gleich, dass ein solcher „Body count“, wie die Amerikaner das nennen, mit einer Bewertung des ökonomischen Wertes getöteter Menschen niemals Grundlage solcher Forderungen oder gar Verhandlungen sein darf. Mehr als 2,1 Millionen Männer und Frauen seien zudem als Zwangsarbeiter verschleppt worden.

Den materiellen Schaden Polens durch Angriff und Besetzung beziffert das Gutachten auf rund 170 Milliarden Euro. Hinzu kämen zerstörte Kulturgüter und Kunst im Wert von etwa vier Milliarden Euro. Zur Regelung der Reparationsfrage empfahl die Kommission laut Mulaczyk ein bilaterales Abkommen zwischen Berlin und Warschau.

Zu dem es nie kommen wird.

In dieser Zeit brauchen die Bürger andere Sichtweisen als die der

Regierungen und des Medien-Mainstreams zur Orientierung. Bitte unterstützen Sie meine Arbeit mit einer Spende über PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18.